

Antrag 49/II/2024

Beschluss

Annahme mit Änderungen

Bildung für alle, nicht für wenige! Ein Wandel für inklusive Schulen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung sowie des Berliner Abgeordnetenhauses und des Berliner Senats werden aufgefordert, für den inklusiven Ausbau unseres Bildungssystems zu sorgen. Das gemeinsame Leben und Lernen von Menschen mit unterschiedlichen Lern- und Leistungsvoraussetzungen, besonders auch von Menschen mit und ohne Behinderungen, muss die neue Normalität sein – von der Kita über alle Schulstufen bis zur beruflichen Bildung und den Hochschulen. Das Recht von Menschen mit Behinderung auf gleichberechtigten Zugang zum allgemeinen Bildungssystem nach Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) muss endlich umfassend verwirklicht werden. **Inklusion ist an allen Schulformen gleichwertig umzusetzen. Die Struktur des Schulsystems soll so umgestaltet werden, dass sie verschiedene Bildungsgänge unter einem Dach vereint, ohne dabei Schüler*innen aufgrund ihrer Fähigkeiten oder Bedürfnisse zu segregieren. Ziel ist es, eine flexible Lernumgebung zu schaffen, die allen Kindern gerecht wird.**

Die im Koalitionsvertrag für die neue Bundesregierung vereinbarte Zusammenarbeit von Bund und Ländern sowie der Kommunen bei der Formulierung von verbindlichen Bildungszielen muss genutzt werden, um inklusive Bildung voranzubringen. Dazu fordern wir die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Betroffenen, um die Entwicklung eines inklusiven Bildungskonzepts zu unterstützen und dessen Umsetzung auszuwerten. **Insbesondere braucht es gemeinsame Kriterien der KMK, um den Fortschritt auf dem Weg zur inklusiven Schule bundesweit messbar und vergleichbar zu machen. Aus diesen sind einheitliche Inklusionsstandards zu entwickeln.** Wir brauchen einen „Pakt für Inklusion“ zwischen dem Bund und den Ländern, um die nötigen Ressourcen für die Ausbildung von multiprofessionellen Teams aus Lehrkräften, Sozialpädagog:innen und anderen Fachkräften sowie für den barrierefreien Ausbau aller Schulen zu sichern. Inklusive Schwerpunktschulen und temporäre Kleinklassen sind wichtige Zwischenschritte auf dem Weg zu einem inklusiven Bildungswesen. Von besonderer Bedeutung ist die frühkindliche Bildung in der Kita – hier muss ein deutlicher Schwerpunkt gesetzt werden.

In Berlin werden wieder mehr Förderschulen geplant und gebaut; die dafür eingesetzten personellen und sachlichen Ressourcen fehlen für den inklusiven Ausbau der Regelschule. Um diese Abwärtsspirale zu durchbrechen, fordern wir die sofortige Entwicklung eines Aktionsplans, der Zeitrahmen, Zuständigkeiten und notwendige Ressourcen festlegt. In einem ersten Schritt sollen die Förderzentren zu inklusiven Schwerpunktschulen weiterentwickelt werden. **Des Weiteren sollen alle Förderschwerpunkte in allen regionalen Bereichen gleichmäßig vertreten sein.** In allen Schulstufen und -formen müssen die Curricula auf die Diversität der Lernenden ausgerichtet sein, deren Talente und Bedürfnisse berücksichtigen und eine individuelle Förderung für alle sicherstellen. **Die Schulgebäude und Einrichtungen sind so anzupassen, dass eine vollständige Barrierefreiheit und eine lernfördernde Umgebung für alle Kinder gewährleistet ist. Dabei sollte der Denkmalschutz nicht den erforderlichen Baumaßnahmen im Weg stehen oder sie unnötig verteuern.** In der Ausbildung von Lehrer*innen und pädagogischem Personal sollen diese in inklusiver Pädagogik gebildet werden, um die Inklusion von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu erleichtern.

Überweisen an

2027-Bundesparteitag